

Atomlobby in der Offensive

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **2 (1980)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-585952>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SES
Schweizerische
Energie-Stiftung

Auf der Mauer 6, CH-8001 Zürich
Telefon 01 · 69 13 23

FSE
Fondation Suisse
pour l'Energie

Secrétariat romand
Case postale 43
CH-1212 Grand-Lancy 1

FSE
Fondazione Svizzera
per l'Energia



SES Notizen

Atomlobby in der Offensive



"Durchhalten muss die Parole lauten, denn die Hoffnung besteht weiter, dass allmählich die Einsicht - möglicherweise unter tätiger Mithilfe von Khomeiny und anderen Ayatollahs - zurückkehrt und die tatsächlichen Energieprobleme erkannt werden", schrieb kürzlich Ulrich Fischer, Direktor der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG. Die Atomindustrie, seit zwei Jahrzehnten aufgepöppelt mit Steuermilliarden und Sondergesetzen, kämpft ums Ueberleben. Aber die kämpft noch.

Erfolg bei Politikern und Journalisten

Nach Harrisburg glaubten wir, ihr

Stündlein hätte schon geschlagen. Inzwischen haben die iranische Revolution und die plötzlichen Preissteigerungen beim Erdöl unsere einseitige Abhängigkeit vom zur Neige gehenden Suchtmittel der industriellen Zivilisation wieder deutlich gemacht. Die Atomlobby hat wieder ein wenig Mut gefasst. Mit einer koordinierten Propagandaoffensive auf allen Ebenen versucht sie, ihre Gegner einzuschüchtern und die in Verrufgeratene Atomtechnik als Retter in der Not zu präsentieren. Einen gewissen Erfolg scheint sie damit zu haben. Weniger zwar bei der Bevölkerung als bei Politikern und Journalisten.

So schrieb die NZZ zum Jahrestag

der Beinahe-Katastrophe von Three Mile Island "Im Kongress sind die wenigen Stimmen, die nach einem Moratorium riefen inzwischen wieder verstummt. ... Indessen hat sich die Zahl der aktiven Kernkraftgegner nach Massgabe von Oeffentlichkeitsbefragungen von 10 auf 20 Prozent der Bevölkerung verdoppelt."

Auch im Nationalrat war in der Atomdebatte anfangs März ein anderer Wind zu spüren: die Verfechter der unsicheren Supertechnik gaben sich selbstsicher. Die gegnerischen Volksvertreter wagten sich weniger vor.

Koordinierte Kampagne

Eingeläutet hatte die Atomlobby

LIEBE SES - MITGLIEDER

Ein gutes Jahr nach Harrisburg ist es an der Zeit, wieder einmal Bilanz zu ziehen über die Atomenergie. Der nebenstehende Leitartikel befasst sich mit der neuen Propagandaoffensive und den tatsächlichen Aussichten dieser gefährlichen Supertechnik.

So günstig die Lage aussehen mag, geschieht im Stillen bei uns jedoch Bedenkliches. Die Energiestatistik des letzten Jahres hat gezeigt: der Erdölkonsum ist erfreulich stark zurückge-

gangen, der Stromverbrauch hingegen hat weiterhin zugenommen. Dies ist nicht ein unabwendbarer Trend, sondern Folge der erklärten Politik der Elektrizitätswerke, mit verschwenderischen Elektroheizungen in den Wärmemarkt einzudringen. Direkte Heizung mit Strom - im Gegensatz zu den sparsameren elektrischen Wärmepumpen - wird zum Beispiel in Deutschland schon seit einer Weile nicht mehr gefördert. Die Schweizer Stromverkäufer hoffen jedoch mit ansehnlichen Steigerungsraten die noch zur Diskussion stehenden A-Werke durch-

zudrücken.

Nicht gegen, sondern für etwas solle sich die SES einsetzen, mahnen bisweilen einzelne Mitglieder. Hier zeigt sich jedoch wieder, wie eng eine vernünftige Energiepolitik vom Entscheid gegen die Atomenergie abhängig ist. Wir werden deshalb nicht darum herum kommen, uns immer wieder mit diesem Thema zu befassen und die Zusammenhänge aufzuzeigen.

Ruggero Schleicher

ihre neue Offensive im letzten Sommer mit dem "Zehn-Werke-Bericht". Frisch und frech verlangt die Elektrizitätswirtschaft darin, dass bis Ende der achtziger Jahre nach Leibstadt noch zwei weitere Atomkraftwerke in Betrieb genommen werden.

Kaum hatte die neubestellte Eidg. Energiekommission ihren Arbeitsplan zurechtgelegt, polterten die Stromverkäufer: Die Notwendigkeit von Kaiseraugst und Graben sei nachgewiesen. Der Entscheid dürfe nicht durch weitere Abklärungen verzögert werden.

Um die Propagandaanstrengungen besser zu koordinieren wurde im Dezember ein neuer Dachverband "Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz" gegründet.

"Schweden für Kernenergie" titelten die Schweizer Zeitungen nach der komplizierten Volksabstimmung Ende März. Journalisten aller Schattierungen liessen sich vom selbstbewussteren Auftreten der Kernkraftkrieger beeindrucken. Nur 18,7% der Stimmenden votierten nämlich klar für Atomenergie, 38,6% dagegen wollen die bestehenden Kernkraftwerke innert 10 Jahren stilllegen. Die obsiegende mittlere Linie (39,3%) will zwar alle im Bau befindlichen Kraftwerke in Betrieb nehmen. Sie dürfen jedoch höchstens 25 Jahre laufen und nicht ersetzt werden. Grosse Anstrengungen bei Alternativenenergien und Sparmassnahmen sollen das Versorgungsproblem lösen. Zudem wird die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft verlangt. Die Schweizer Atomverkäufer pflegen bei ähnlichen Forderungen - Atomverbot nach Leibstadt - in hellem Entsetzen den wirtschaftlichen Ruin unseres Landes an die Wand zu malen.

Wo bleibt die Demokratie?

Um die Lage zu besprechen traf sich Westeuropas Kernelite Anfangs März in Zürich an der SVA-Tagung "Stand und Aussichten der Kernenergie in Westeuropa". Im einleitenden Referat machte sich E.Trümpy, Direktionspräsident der ATEL Gedanken über die politische Durchsetzbarkeit. Er stellte die Frage: "Wie weit dürfen die Entschiede der Politiker und Behörden, die im Prinzip über eine grössere Einsicht und ein grösseres Wissen verfügen, gegen die Meinung der Bevölkerung bzw. gegen die Meinung von Teilen der Bevölkerung getroffen werden, insbesondere wenn sie diese Meinung für sachlich nicht gerechtfertigt halten?" Als Antwort betonte er die "Sachverantwortung" von Politikern, Behörden und Elektrizitätswerken und forderte sie indirekt auf, sich über den Volkswillen hinwegzusetzen. Was von der Demokratie übrigbleibt: "Grundsätzlich müssen Regierung und Parlament versuchen, die Bevölkerung für ihren Standpunkt zu gewinnen."

Atomprogramm steckengeblieben

Die äusserst interessanten Länderberichte an dieser Tagung jedoch bestätigten nun auch aus der Sicht der Kernherren: Das Ende des Atomzeitalters ist in Sicht. In der Tat ergeben die Nachrichten der letzten Monate für die Atomfreunde ein düsteres Bild.

"Das deutsche Kernenergieprogramm, soweit es eins gegeben hat, ist im Labyrinth der Gerichte, der Politik und der Entscheidungsfrage steckengeblieben", erklärte der deutsche Referent an der SVA-Tagung. Praktisch besteht im mächtigsten Industriestaat Europas seit mehreren Jahren ein Moratorium - abgesehen von der Genehmigung für Phillipsburg II. Investitionen von rund 20 Milliarden DM sind blockiert. Zum kürzlichen Parteitagebeschluss der SPD - in den Medien als Niederlage der Atomgegner gefeiert - meinte er: Selbst für Optimisten lasse der Berliner Beschluss keine grossen Chancen für einen Ausbau der Kernenergie erkennen.

Das einst fette Auftragspolster der Reaktorbauer ist drastisch geschrumpft. Schon müssen bei der KWU 200 Leute kurzarbeiten. Auch in den USA sieht es düster aus für die Hersteller. "Die Atomindustrie" meint Direktor Hugh Devlin von der New Yorker Investmentfirma Morgan Stanley "ist aus der Sicht der Investoren an einen unangenehmen Rand geraten." 1973 buchten Amerikas Reaktorbauer noch 41 Aufträge. Im Jahr vor Harrisburg waren es noch zwei und seither blieben die Bestellungen ganz aus. Doch nicht nur das: Aus Furcht vor den steigenden und nur noch schwer kalkulierbaren Kosten der unerwartet anfälligen Atommeiler bestellen immer mehr Elektrizitätswerke bereits geordnete Anlagen wieder ab. 1979 waren es elf Absagen, in den ersten drei Monaten dieses Jahres allein schon acht.

Da bleibt den Atomgiganten nur der Export. Aber auch das wird immer schwieriger. In Italien scheitert der Bau von Kernkraftwerken am Widerstand der Gemeinden. Die dänische Regierung hat unter dem Druck der Anti-AKW-Bewegung alle Vorbereitungen für eine atomare Zukunft auf unbestimmte Zeit verschoben. In Luxemburg brachten die Gegner das einzige Projekt zu Fall. Auch Portugal und Griechenland scheinen ihre nuklearen Pläne aufgegeben zu haben. Norwegen und Holland setzen vorderhand auf eigenes Oel bzw. Erdgas. In Oesterreich ist der Betrieb von Atomkraftwerken verboten und auch in Schweden dürfen nun keine weiteren mehr gebaut werden.

Einen Hoffnungsschimmer sehen die Atomstrategen in den Plänen der Regierungen von England, Spanien und Belgien. Jedoch auch diese

Projekte dürften nicht reibungslos über die Bühne gehen. Besonders in Spanien regt sich der Widerstand mit Hunderttausenden von Demonstranten - bei uns wird kaum darüber berichtet.

So liegt es in der Logik des Systems, dass die Kraftwerkkonzerne nun versuchen, die teuren Atommonster prestigeesüchtigen Militärdiktaturen in der Dritten Welt zu verkaufen, die mit der grossen Bombe liebäugeln.

Widerstand nun auch in Frankreich

Neiderfüllt blicken die Atommanager aller Länder nach Frankreich. Unbeirrt ist die Regierung entschlossen, Erdöl durch Kernkraft zu ersetzen. 50 von der landeseigenen Industrie hergestellte Reaktoren sollen schon 1985 55% der Elektrizität liefern, für die Jahrhundertwende rechnet sie mit 100'000 MWe Reaktorkapazität (zum Vergleich: Gösgen hat 1000 MW). Um das zu erreichen wollen die Bürokraten des ersten wahrhaftigen Atomstaates nicht nur jedes Jahr rund vier neue Kraftwerke in Betrieb nehmen, gleichzeitig werden riesige Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen gebaut. Um vom Ausland unabhängig zu werden, setzen Frankreichs Chefplaner jetzt schon auf die gefährliche Brütertechnologie, die erlauben soll, aus den eigenen Uranvorkommen so viel Energie zu gewinnen, wie in den Erdölvorräten Saudi-Arabiens steckt.

Doch auch in Frankreich drohen dem wahnwitzigen Programm langsam ernsthaftige Schwierigkeiten: die Wiederaufbereitung funktioniert immer noch nicht richtig und endlich macht sich ein spürbarer Widerstand bemerkbar. Mitte Januar schloss sich nun auch die Sozialistische Partei offiziell einer landesweiten Koalition von 25 Parteien, Organisationen und Gewerkschaften an, die letzten Sommer eine Petition "Für eine alternative Energiepolitik" lanciert hatte. Und auch die Basis regt sich: Das bretonische Dorf Plogoff ist entschlossen ein 5200-MW-Kraftwerk zu verhindern. Bevölkerung und lokale Behörden kämpfen gegen die Zentralgewalt. Mit Barrikaden, Mist und Jauche gegen die Nationalgarde.

Oelkrise hin oder her, der Widerstand gegen die Atomenergie wächst. Steigende Kosten schrecken nun auch hartgesottene Geschäftsleute. Hohe Energiepreise beschleunigen die Entwicklung von Spartechniken und Alternativenenergien. Und leider: aus Harrisburg werden wir noch hören. Die Katsch trophe ist noch nicht gebannt. rs